



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Personalvertretungsaufsichtsbehörde  
beim Bundeskanzleramt

Hohenstaufengasse 3, 1010 Wien

E-MAIL • PVAB@BKA.GV.AT

TELEFON • 01/53115/667409

**V 1-PVAB/26**

**Bericht**  
**der Personalvertretungsaufsichtsbehörde**  
**über ihre Tätigkeit und ihre Wahrnehmungen**  
**im Jahr 2025**



## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	Seite 4
Allgemeines .....	Seite 4
Aktuelle Zusammensetzung der PVAB .....	Seite 5
2. Rechtsgrundlage des Berichts .....	Seite 6
3. Tätigkeitsstatistik.....	Seite 7
Verfahrensdauer .....	Seite 8
Anträge nach § 41 Abs. 1 PVG .....	Seite 8
Beschwerden nach § 41 Abs. 4 PVG .....	Seite 9
Gutachten nach § 10 Abs. 7 PVG .....	Seite 9
4. Zur Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung der PV-Organen .....	Seite 9
Anträge auf Prüfung der Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung von PV-Organen .....	Seite 9
Verteilung der abgeschlossenen aufsichtsbehördlichen Verfahren auf die Bundesministerien .....	Seite 10
5. Zur Einhaltung des PVG durch Organe des Dienstgebers.....	11
Beschwerden wegen Verletzung des PVG durch Organe des Dienstgebers ...	Seite 11
Verteilung der Beschwerdeprüfungsverfahren auf die Bundesministerien ....	Seite 11
6. Veröffentlichung der Entscheidungen der PVAB.....	Seite 12

## 1. Einleitung

Die Personalvertretungsaufsichtsbehörde (PVAB) erstattet Herrn Bundeskanzler Dr. Christian STOCKER durch ihre Mitglieder Dr.<sup>in</sup> Eva-Elisabeth SZYMANSKI als Vorsitzende sowie Mag. Martin SAUSENG als Vertreter des Dienstgebers und Mag. Walter HIRSCH als Vertreter der Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer Bericht gemäß § 41f des Bundes-Personalvertretungsgesetzes (PVG).

### Allgemeines

Die PVAB, die seit 1. April 2025 (BMG-Novelle 2025)<sup>1)</sup> beim Bundeskanzleramt (BKA) eingerichtet ist, ist für die Aufsicht über die Personalvertretung zuständig.

Sie hat die Geschäftsführung von Personalvertretungsorganen (PVO) von Amts wegen zu überprüfen oder auf Antrag tätig zu werden, wenn die Verletzung von Rechten durch gesetzwidrige Geschäftsführung eines Personalvertretungsorgans behauptet wird.<sup>2)</sup> Für die aufsichtsbehördlichen Verfahren gilt das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 (AVG). Behauptet eine Partei des Verfahrens, durch den Bescheid in ihren subjektiven Rechten verletzt zu sein, kann gegen den Bescheid der PVAB wegen Rechtswidrigkeit Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht (BVwG) erhoben werden. Das BVwG kann von den Parteien des Verfahrens auch wegen Verletzung der Entscheidungspflicht durch die PVAB angerufen werden.

Die PVAB hat nicht nur ihr eigenes Verfahren zu führen, sondern auch das Vorverfahren des Beschwerdeverfahrens vor dem BVwG abzuwickeln (wie beispielsweise Aberkennung der aufschiebenden Wirkung der Beschwerde, Beurteilung der Zulässigkeit und Rechtzeitigkeit einer Beschwerde gegen eine solche Aberkennung, allfällige Beschwerdevorentscheidung, Beurteilung der Zulässigkeit des Vorlageantrags sowie Vorlage an das BVwG und Information der Parteien über die Beschwerde). Im Verfahren vor dem BVwG ist auch die PVAB Partei.

Gegen Erkenntnisse des BVwG ist die Revision an den Verwaltungsgerichtshof (VwGH) zulässig, wenn davon die Lösung einer grundsätzlichen Rechtsfrage abhängt, insbesondere weil das Erkenntnis von der Rechtsprechung des VwGH abweicht, eine solche Rechtsprechung fehlt oder die zu lösende Rechtsfrage in der bisherigen Rechtsprechung des VwGH nicht einheitlich beantwortet wurde. Die PVAB hat als Partei auch im Verfahren vor dem VwGH mitzuwirken und kann auch selbst Revision gegen Erkenntnisse des BVwG erheben. Hat die PVAB nicht selbst Revision erhoben, hat sie als belangte Behörde dennoch Parteistellung im Verfahren vor dem VwGH.

Auch der Verfassungsgerichtshof (VfGH) kann gegen ein Erkenntnis des BVwG in PVG-Angelegenheiten angerufen werden, soweit behauptet wird, durch das Erkenntnis in einem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht oder wegen Anwendung einer gesetzwidrigen Verordnung, einer gesetzwidrigen Kundmachung über die Wiederverlautbarung eines

---

<sup>1)</sup> bis 31. März 2025 beim Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport.

<sup>2)</sup> § 41 Abs. 1 PVG

Gesetzes (Staatsvertrages), eines verfassungswidrigen Gesetzes oder eines rechtswidrigen Staatsvertrages in eigenen Rechten verletzt zu sein.

Die PVAB hat auch Beschwerden von PVO über die Verletzung von Bestimmungen des PVG durch ein Organ des Dienstgebers in dem der Beschlussfassung über die Beschwerde vorangegangenen Jahr zu prüfen.<sup>3)</sup>

Schließlich ist die PVAB für die Erstellung von Gutachten<sup>4)</sup> zuständig, sofern zwischen den zuständigen Organen der Zentralstelle und dem zuständigen Zentralausschuss kein Einvernehmen über eine bestimmte vom Dienstgeber beabsichtigte Maßnahme erzielt werden kann. Es entscheidet dann zwar die Leiterin oder der Leiter des Ressorts, jedoch ist zuvor mit dem Zentralausschuss persönlich darüber zu beraten und auf dessen Verlangen ein Gutachten der PVAB zur Streitfrage einzuholen. Dieses Gutachten hat die PVAB innerhalb von vier Wochen zu erstatten.

Auf die Behandlung von Beschwerden wegen Verletzung des PVG durch den Dienstgeber und auf die Erstattung von Gutachten an eine Ressortleitung ist das AVG nicht anzuwenden. Die PVAB entscheidet in diesen Fällen endgültig, der Rechtszug an das BVwG und den VwGH ist ausgeschlossen.

Die PVAB besteht aus einer oder einem rechtskundigen Vorsitzenden sowie einer oder einem rechtskundigen Bundesbediensteten als Vertretung des Dienstgebers und einer oder einem rechtskundigen Bundesbediensteten als Vertretung der Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer, wobei DG- und DN-Vertretung im Zeitpunkt ihrer Bestellung dem Aktivstand anzugehören haben. Für jedes Mitglied sind zwei Ersatzmitglieder zu bestellen. Alle Mitglieder der PVAB sind in Ausübung ihres Amtes weisungsfrei.

### **Aktuelle Zusammensetzung der PVAB**

#### **Vorsitzende: Sektionschefin i.R. Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Eva-Elisabeth SZYMANSKI**

1. Stellvertreter der Vorsitzenden: Sektionschef i.R. Dr. Stephan CHAVANNE, MBA
2. Stellvertreter der Vorsitzenden: Sektionschef i.R. Dr. Matthias TSCHIRF

#### **Dienstgebervertreter: Ministerialrat Mag. Martin SAUSENG (BMWKMS)**

1. Ersatzmitglied: Ministerialrätin Mag.<sup>a</sup> Gabriele STEININGER (BKA)
2. Ersatzmitglied: Leitender Staatsanwalt Mag. Gerhard NOGRATNIG, LL.M. Eur. (BMJ)

#### **Dienstnehmervertreter: Ministerialrat Mag. Walter HIRSCH (BMLV)**

1. Ersatzmitglied: Ministerialrätin Mag.<sup>a</sup> Olivia ARO-WAGERER, MSc. (BMI)
2. Ersatzmitglied: Oberrat MMag. Daniel SOUDEK, MBA MSc. LL.M. (BKA)

---

<sup>3)</sup> § 41 Abs. 4 PVG

<sup>4)</sup> § 10 Abs. 7 PVG

Die Bestellung der aktuellen Mitglieder der PVAB erfolgte mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2024 für eine Tätigkeitsdauer von fünf Jahren (3. Funktionsperiode der PVAB). Die Kanzleigeschäfte der PVAB und die Geschäftsführung für die administrativen Angelegenheiten der PVAB werden vom BKA (Abteilung III/1) wahrgenommen.

## 2. Rechtsgrundlage des Berichts

### Berichte<sup>5)</sup>

§ 41f. Die Aufsichtsbehörde hat zu Jahresbeginn der Bundeskanzlerin oder dem Bundeskanzler Bericht über ihre Tätigkeit und ihre Wahrnehmungen im vorangegangenen Jahr betreffend

1. die Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung der Organe der Personalvertretung und
2. die Einhaltung der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes durch die Organe des Dienstgebers

zu erstatten. Dieser Bericht ist vom Herrn Bundeskanzler im Wege der Bundesregierung dem Nationalrat vorzulegen.“

Zu den Berichten über die Tätigkeit und die Wahrnehmungen der Personalvertretungsaufsicht ist darauf hinzuweisen, dass mit der Schaffung der PVAB mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2014 nichts an den inhaltlichen Rechtsgrundlagen im PVG geändert wurde.

So ist zwar das AVG auf die Erstellung von Gutachten iSd § 10 Abs. 7 PVG, die auf Verlangen des zuständigen Zentralausschusses bei Nichteinigung mit der Ressortleitung von dieser bei der Personalvertretungsaufsicht eingeholt werden müssen, sowie auf die Prüfung von Beschwerden von PVO iSd § 41 Abs. 4 PVG wegen Verletzung von Bestimmungen des PVG durch ein Organ des DG seit 1. Jänner 2014 nicht mehr anzuwenden, doch wurden durch diese rein formalen Änderungen der Verfahrensvorschriften die materiellen Inhalte des PVG nicht beeinflusst.

Unverändert gelten daher die Regelungen im PVG, nach denen die PVO ihre Geschäftsführung im Sinne des Gesetzes ordnungsgemäß abzuwickeln haben. Ebenso unverändert sind auch die Ressortleitungen und die ihnen unterstellten zuständigen Organe des Dienstgebers weiterhin an die sie betreffenden Vorschriften des PVG gebunden. Daraus folgt, dass – wie auch vom BVwG und vom Höchstgericht VwGH festgestellt – die bisherige Judikatur der PVAK weiterhin von Bedeutung auch für die Rechtsprechung der PVAB ist.

---

<sup>5)</sup> Novelle zum Bundes-Personalvertretungsgesetz (PVG) BGBl. I Nr. 82/2013, idF BGBl. I Nr. 100/2025.

### 3. Tätigkeitsstatistik

	2024	2025
<b>Zahl der eingelangten Fälle insgesamt</b>	<b>39</b>	<b>44</b>
<b>Zahl erledigter Fälle insgesamt<sup>6)</sup></b>	<b>35</b>	<b>38</b>
<b>Anträge (§ 41 Abs. 1 PVG)<sup>7)</sup></b>	<b>24</b>	<b>32</b>
<b>Zahl der Erledigungen<sup>8)</sup></b>	<b>22</b>	<b>26</b>
<i>davon Bescheide</i>	22	26
<b>Beschwerden (§ 41 Abs. 4 PVG)<sup>9)</sup></b>	<b>12</b>	<b>10</b>
<b>Zahl der Erledigungen<sup>10)</sup></b>	<b>10</b>	<b>10</b>
<b>Gutachten (§ 10 Abs. 7 PVG)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Zahl der Erledigungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Beschwerden an das BVwG</b>	<b>3</b>	<b>2</b>
<b>Entscheidungen des BVwG<sup>11)</sup>, davon</b>	<b>5</b>	<b>5</b>
<i>Zurückweisung (Einstellung)</i>	2	2
<i>Abweisung</i>	0	3
<i>Stattaebuna</i>	3	0
<b>Revisionsanträge an den VwGH</b>	<b>1</b>	<b>0</b>
<b>Entscheidungen des VwGH<sup>8)</sup>, davon</b>	<b>1</b>	<b>0</b>
<i>Zurückweisung</i>	0	0
<i>Abweisung</i>	0	0
<i>Stattaebuna</i>	1	0
<b>Beschwerden an den VfGH</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Entscheidungen des VfGH, davon</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<i>Ablehnung der Behandlung</i>	0	0
<i>Zurückweisung</i>	0	0
<i>Abweisung</i>	0	0
<i>Stattgebung</i>	0	0

Im Jahr 2025 hat die PVAB insgesamt **38<sup>5)</sup> (35)<sup>12)</sup>** Fälle erledigt.

<sup>6)</sup> Inklusiv Tätigkeitsbericht 2024 der PVAB sowie 1 weiteren Fall im Verwaltungsbereich.

<sup>7)</sup> Inklusiv 3 Fällen von Amts wegen.

<sup>8)</sup> Inklusiv 4 noch offener Fälle aus 2024.

<sup>9)</sup> Auf diese Verfahren ist das AVG nicht anzuwenden.

<sup>10)</sup> Inklusiv 2 noch offener Fälle aus 2024.

<sup>11)</sup> Inklusiv Erkenntnissen zu Fällen aus Jahren vor 2025.

<sup>12)</sup> In Klammer angeführt jeweils die Zahlen des Vorjahres.

## **Verfahrensdauer**

Die **Verfahrensdauer** lag in allen im Berichtsjahr 2025 erledigten Fällen deutlich unter der nach § 73 AVG höchstzulässigen Entscheidungsfrist von sechs Monaten.

## **Anträge nach § 41 Abs. 1 PVG**

Im **Berichtsjahr 2025** wurden **31 (24) Anträge nach § 41 Abs. 1 PVG** auf Prüfung der Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung von Personalvertretungsorganen bei der PVAB eingebracht, wovon **22 (20)** dieser Verfahren im Berichtsjahr 2025 erledigt werden und zusätzlich noch **4** offene Verfahren aus 2024 abgeschlossen werden konnten. **7** Verfahren wurden ruhend gestellt, weil vor der Entscheidung der PVAB die Entscheidung einer verfahrensrelevanten Vorfrage durch das Arbeits- und Sozialgericht abzuwarten ist, die bislang noch nicht ergangen ist.

In den aufsichtsbehördlichen Verwaltungsverfahren, auf die das AVG anzuwenden ist, wurden im Berichtsjahr **26 (22) Bescheide** erlassen. Dabei wurde in **9** Fällen bzw. **34,62 %** **gesetzwidrige** Geschäftsführung und in **7** Fällen bzw. **26,92 %** **gesetzmäßige** Geschäftsführung festgestellt. In **10** Fällen bzw. **38,46 %** musste der Antrag aus formalen Gründen zurückgewiesen werden.

Die Zahl der **Beschwerden an das BVwG** gegen Entscheidungen der PVAB ist gegenüber 2024 im Berichtsjahr 2025 im Verhältnis zur Zahl der erlassenen Bescheide neuerlich gesunken. Zu den im Berichtsjahr von der PVAB erlassenen **26 (22)** Bescheiden wurde in **2 (3) Fällen** bzw. knapp **8 %** der Bescheide Beschwerde an das BVwG erhoben, während das im Jahr 2024 in knapp **14 %** der Fall war.

Die bis **Ende 2025** eingelangten **5 (5) Erkenntnisse des BVwG** haben in **3 Fällen** den Bescheid der PVAB bestätigt, in **1** Fall die Beschwerde zurückgewiesen sowie in **1** Fall das Verfahren wegen Zurückziehung der Beschwerde eingestellt.

Im **Berichtsjahr 2025** wurde von der PVAB in **keinem Fall Revision** an den **Verwaltungsgerichtshof (VwGH)** erhoben und langte auch **keine Entscheidung des VwGH** bei der PVAB ein.

Der **Verfassungsgerichtshof (VfGH)** wurde auch im Berichtsjahr 2025 in keinem einzigen Fall gegen eine Entscheidung in einer PVG-Angelegenheit angerufen.

### **Beschwerden nach § 41 Abs. 4 PVG**

Im **Berichtsjahr 2025** wurden **10 (12)<sup>13) **Beschwerden nach § 41 Abs. 4 PVG<sup>14)</sup>** wegen behaupteter Verletzung des PVG durch ein Organ des Dienstgebers im vorangegangenen Jahr bei der PVAB eingebracht, von denen **8 (10)** noch im Berichtsjahr sowie **2 (0)** noch offene Fälle aus dem Jahr 2024 erledigt werden konnten. Im Berichtsjahr 2025 verabschiedete die PVAB somit wiederum **10 (10) Prüfungsergebnisse** zu Beschwerden gegen Organe des Dienstgebers.</sup>**

### **Gutachten nach § 10 Abs. 7 PVG**

Auch im **Berichtsjahr 2025** wurde **0 (0) Gutachten<sup>11)</sup>** der PVAB **gemäß § 10 Abs. 7 PVG<sup>15)</sup>** eingeholt. Die Erledigungsfrist für solche Gutachten der PVAB würde nach PVG maximal vier Wochen, also höchstens 28 Kalendertage betragen.

## **4. Zur Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung der PV-Organen**

	<b>2024</b>	<b>2025</b>
<b>Anträge auf Prüfung der Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung von PV-Organen</b>	<b>31</b>	<b>31</b>
<b>Abgeschlossene Verfahren<sup>16)</sup></b>	<b>22</b>	<b>26</b>
<b>Einstellungen<sup>17)</sup></b>	0	
<b>Bescheide</b>	22	26
<i>Zurückweisung<sup>18)</sup></i>	6	10
<i>Abweisung</i>	7	7
<i>Stattgebung</i>	9	9

In diesen aufsichtsbehördlichen Verwaltungsverfahren, auf die das AVG anzuwenden ist, wurden im Berichtsjahr **26 (22) Bescheide** erlassen. Dabei wurde in **9** Fällen bzw. **34,62 %** **gesetzwidrige** Geschäftsführung und in **7** Fällen bzw. **26,92 %** **gesetzmäßige** Geschäftsführung festgestellt. In **10** Fällen bzw. **38,46 %** musste der Antrag aus formalen Gründen zurückgewiesen werden.

<sup>13)</sup> In Klammer angeführt jeweils die Zahlen des Vorjahres.

<sup>14)</sup> Auf die Prüfung von Beschwerden wegen Verletzung des PVG durch ein Organ des Dienstgebers ist das AVG nicht anzuwenden.

<sup>15)</sup> § 10 Abs. 7 PVG.

<sup>16)</sup> Inklusive 4 noch offener Verfahren aus 2024.

<sup>17)</sup> Beispielsweise wegen Rückziehung des Antrags.

<sup>18)</sup> Beispielsweise wegen Unzuständigkeit der PVAB oder fehlender Antragslegitimation.

## Verteilung der aufsichtsbehördlichen Verfahren auf die Bundesministerien

	2024	2025
<b>Verteilung der abgeschlossenen aufsichtsbehördlichen Verfahren auf die Bundesministerien<sup>19)</sup></b>	<b>22</b>	<b>26</b>
<i>Finanzen (BMF)</i>	<i>0</i>	<i>11</i>
<i>Justiz (BMJ)</i>	<i>2</i>	<i>6</i>
<i>Bildung (BMB)</i>	<i>3</i>	<i>5</i>
<i>Inneres (BMI)</i>	<i>1</i>	<i>3</i>
<i>Verteidigung (BMLV)</i>	<i>16</i>	<i>1</i>

Im **Berichtsjahr 2025** bezogen sich **11 Fälle** bzw. **42,30 %** der **26 abgeschlossenen Verfahren** auf Dienststellen im Bereich des Finanzministeriums, **6 Fälle** bzw. **23,08 %** auf Dienststellen (Justizanstalten) im Bereich des Justizressorts, **5 Fälle** bzw. **19,23 %** auf Dienststellen im Bereich des Bildungsministeriums, **3 Fälle** bzw. **11,54 %** auf das Innenressort sowie **1 Fall** bzw. **3,85 %** auf eine Dienststelle im Bereich der Landesverteidigung.

Im vorangegangenen **Berichtsjahr 2024** hatten sich **16 Fälle** bzw. **72,73 %** der **22 abgeschlossenen Verfahren** auf Dienststellen im Bereich der Landesverteidigung bezogen sowie **3 Fälle** bzw. **13,64 %** auf Dienststellen im Bereich des Bildungsministeriums, **2 Fälle** bzw. **9,09%** auf Dienststellen (Justizanstalten) im Bereich des Justizressorts sowie **1 Fall** bzw. **4,54 %** auf eine Dienststelle im Bereich des Innenministeriums.

<sup>19)</sup> Die Bezeichnung der Bundesministerien entspricht dem Bundesministeriengesetz 1986 – BMG, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 10/2025.

## 5. Zur Einhaltung des PVG durch Organe des Dienstgebers

	2024	2025
<b>Beschwerden wegen Verletzung des PVG durch Organe des Dienstgebers</b>	<b>12</b>	<b>10</b>
<b>Abgeschlossene Verfahren<sup>20)</sup></b>	<b>10</b>	<b>10</b>
<i>PVG-Verletzung</i>	9	8
<i>Keine PVG-Verletzung</i>	1	1
<i>Zurückweisung<sup>21)</sup></i>	0	1

**2025** wurde in **8 Fällen** bzw. **80 %** von insgesamt abgeschlossenen **10 Verfahren** eine Verletzung des PVG festgestellt, in **1 Fall** bzw. **10 %** die Beschwerde als unberechtigt verworfen und in **1 Fall** bzw. **10 %** die Beschwerde aus formalen Gründen zurückgewiesen.

**2024** war in **9 Fällen** bzw. **90 %** von insgesamt abgeschlossenen **10 Verfahren** eine Verletzung des PVG festgestellt worden, in **1 Fall** bzw. **10 %** wurde die Beschwerde als unberechtigt verworfen. Aus formalen Gründen musste keine Beschwerde zurückgewiesen werden.

	2024	2025
<b>Verteilung der Beschwerdeprüfungsverfahren auf die Bundesministerien<sup>22)</sup></b>	<b>10</b>	<b>10</b>
<i>Landesverteidigung (BMLV)</i>	9	3
<i>Inneres (BMI)</i>	1	2
<i>Finanzen (BMF)</i>	0	2
<i>Bildung (BMB)</i>	0	2
<i>Justiz (BMJ)</i>	0	1

<sup>20)</sup> Inklusive 2 noch offener Fälle aus 2024.

<sup>21)</sup> Beispielsweise wegen Unzuständigkeit der PVAB oder fehlenden Beschwerdevoraussetzungen.

<sup>22)</sup> Die Bezeichnung der Bundesministerien entspricht der aktuellen Fassung des Bundesministeriengesetzes – BMG, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 10/2025.

**2025** bezogen sich **3 Fälle** bzw. **30 %** der insgesamt **10 abgeschlossenen Beschwerdeprüfungsverfahren** auf Dienststellen im Bereich des BMLV, je **2 Fälle** bzw. je **20 %** auf das Bildungsministerium, das Innenressort und die Finanzverwaltung sowie **1 Fall** bzw. **10 %** auf eine Dienststelle (Justizanstalt) im Bereich des Justizressorts.

**2024** hatten sich **9 Fälle** bzw. **90 %** der insgesamt **10 abgeschlossenen Beschwerdeprüfungsverfahren** auf Dienststellen im Bereich des BMLV und **1 Fall** bzw. **10 %** auf eine Dienststelle im Bereich des BMI bezogen.

## **6. Veröffentlichung der Entscheidungen der PVAB**

Gemäß § 41e PVG hat der Vorsitz der PVAB rechtskräftige Bescheide, Beschlüsse, die nicht bloß verfahrensleitend sind, und die Ergebnisse von Prüfungen gemäß § 41 Abs. 4 PVG in anonymisierter Form im Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) zu veröffentlichen.

Im Berichtsjahr 2025 wurden die Rechtssätze sowie die Entscheidungstexte, sofern die Anonymisierung der Entscheidungstexte unter Wahrung der gebotenen Geheimhaltung der Identität der Verfahrensparteien möglich war, aller rechtskräftigen Bescheide<sup>23)</sup> und verbindlichen Prüfungsergebnisse<sup>24)</sup> im RIS veröffentlicht.

Wien, am 28. Jänner 2026

Die Vorsitzende:

Sektionschefin i.R. Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Eva-Elisabeth SZYMANSKI

---

<sup>23)</sup> § 41 Abs. 1 in Verbindung mit § 41c Abs. 1 PVG.

<sup>24)</sup> § 41 Abs. 4 in Verbindung mit § 41c Abs. 1 PVG.